

Stiftung rettet Hunderte hilflose Menschen aus Kiew

Für die Hilfsaktion mit unserem Verlag wurden mehr als 300.000 Euro gespendet.

Von Ulrich Breulmann

Kiew. Mehr als 400 Menschen will die Csilla-von Boeselager-Stiftung noch in dieser Woche aus Kiew vor dem Krieg in Sicherheit bringen. Es ist ein neues Projekt der Stiftung, mit der unser Verlag eine Hilfsaktion für die Ukraine ins Leben gerufen hat.

„Es geht um schwangere Frauen, Behinderte, kranke Kinder, um geschwächte Menschen“, berichtet Raphael von Hoensbroech, Intendant und Geschäftsführer des Konzerthauses Dortmund und zugleich Vorsitzender der Stiftung. Er war jetzt vor Ort in der Ukraine und hat sich ein eigenes Bild von der Lage gemacht.

Neben dieser neuen Aktion betreibt die Stiftung weiterhin ihre zum Teil seit 20 Jahren laufenden drei Hilfsprojekte in der Ukraine, berichtet von Hoensbroech und erzählt von Saporischja, der Stadt, die durch das größte Atomkraftwerk des Landes bekannt geworden ist. Dort habe die Armenküche schon vor dem Krieg 300 bis 400 Menschen am Tag versorgt. Jetzt kämen die vielen Flüchtlinge aus Mariupol hinzu.

Die Lage sei schon extrem schwierig, sagt von Hoens-

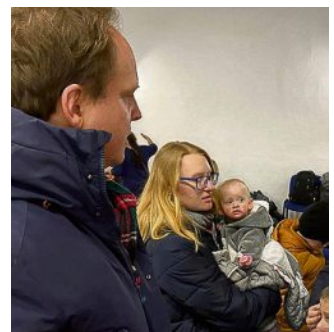
broech. „Sie können ja nicht einfach in einen Supermarkt gehen und da die Dinge kaufen, die Sie brauchen“, erzählt er. „Da müssen Sie dann bei den Händlern am Straßenrand irgendwie das Nötigste zusammenklauben. Der Preis ist dann schon egal.“

Angst und Verzweiflung habe er bei seinem Besuch in der Ukraine immer wieder erlebt. Das Leid der Menschen sei einfach unermesslich.

Aber es habe ihn auch extrem beeindruckt, wie mutig und selbstlos manche Menschen seien. Er erzählt von einem Ehepaar – er Arzt, sie Mitarbeiterin einer Nicht-Regierungs-Organisation. Das habe ihre beiden Kinder zu einer Familie nach Dortmund gebracht und den Eltern dort das Sorgerecht übertragen. Dann seien sie zurück in die Ukraine gefahren. „Wir können nicht anders, als dort-zubleiben und zu helfen“, hätten sie gesagt.

Auch die Boeselager Stiftung wird vor Ort bleiben und die Menschen unterstützen. Dass sie das kann, dazu trage auch die gemeinsame Hilfsaktion mit unserem Verlag bei, die von Hoensbroech als „wunderbar“ lobt. Inzwischen seien mehr als 300.000 Euro von über 1800 Einzelspenden eingezahlt worden. Und er habe vor Ort gesehen und könne versichern, dass das Geld wirklich ankomme. „Und letztlich hilft es uns allen, wenn wir das Gefühl haben, etwas tun zu können“, sagt von Hoensbroech.

Spendenkonto: Csilla von Boeselager Stiftung Osteuropahilfe, Sparkasse Arnsberg-Sundern, Stichwort: Lesserspende, IBAN: DE41 4665 0005 0000 0333 32



Raphael von Hoensbroech machte sich in der Ukraine ein Bild von der Lage der Menschen. FOTO BREULMANN.



Von Andreas Landwehr und Ansgar Haase

Spitzenvertreter der EU haben China unter Androhung von Konsequenzen davor gewarnt, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine zu unterstützen. Bei einem per Videokonferenz organisierten Gipfeltreffen prallten am Freitag die Gegensätze mit der chinesischen Führung frontal aufeinander.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping lehnte es gegenüber EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel ab, die chinesische Rückendeckung für Russland aufzugeben, und schob sogar den Europäern noch die Schuld an dem Konflikt zu. Er warnte davor, „Öl ins Feuer zu gießen und die Spannungen anzuheizen“.

„Die Grundursache der Ukraine-Krise sind die regionalen Sicherheitsspannungen in Europa, die sich über Jahre aufgebaut haben“, sagte Xi Jinping den EU-Spitzen. „In diesem Zeitalter sollten globale Sicherheitsrahmen nicht mehr auf einer Mentalität des Kalten Krieges aufgebaut sein.“ Er bedauere zutiefst, dass die Lage in der Ukraine sich so entwickelt habe. Xi Jinping forderte mit Blick auf Russland zugleich, dass die „legitimen Sicherheitsinteressen“ aller Parteien berücksichtigt werden müssten.

Xi Jinping sorgt sich auch um Chinas Wirtschaftsinter-

essen in der Welt. Der regionale Konflikt dürfe sich nicht ausweiten, sagte er. Die Welt dürfe nicht „als Geisel gehalten“ werden und normale Menschen darunter leiden. Das globale Wirtschaftssystem dürfe nicht „beliebig gestört“ oder „als Waffe“ eingesetzt werden, kritisierte Xi Jinping die westlichen Sanktionen gegen Russland und warnte vor einer „ernsten Krise“.

Xi versucht zu spalten

„Freimütig“ sei es zugegangen, hieß es aus dem Außenministerium, eine diplomatische Umschreibung für ein Streitgespräch. So hatten von der Leyen und Michel deutliche Worte gefunden, als sie China vor einer Unterstützung Russlands warnten. „Kein europäischer Bürger würde es verstehen, wenn es irgendeine Unterstützung für Russlands Fähigkeit geben würde, Krieg zu führen“, sagte die Kommissionspräsidentin nach den Gesprächen. „Das würde China hier in Europa einen großen Reputationschaden zufügen.“ Das Land trage auch als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat eine besondere Verantwortung.

Indirekt drohte von der Leyen China auch Konsequenzen für die engen Wirtschaftsbeziehungen an: „Es ist klar, dass der russische Einmarsch in die Ukraine nicht nur ein entscheidender Moment für unseren Kontinent, sondern auch für

unser Verhältnis zum Rest der Welt ist.“ EU-Ratspräsident Michel sagte: „Wir haben China aufgefordert, einen Beitrag zum Ende des Krieges in der Ukraine zu leisten.“ China könne den Völkerrechtsverstoß Russlands nicht ignorieren.

Dagegen unternahm Xi Jinping vielmehr noch den Versuch, Europäer und Amerikaner zu spalten, nachdem sie der Ukraine-Krieg noch weiter zusammengeschweißt hatte. Nach seinem Willen sollte sich die Europäische Union in ihrer China-Politik einem Einfluss der USA entziehen: China hoffe, dass die europäische Seite „eine unabhängige Wahrnehmung von China hat und eine unabhängige Politik gegenüber China verfolgt“, sagte Xi Jinping.



» Wir haben China aufgefordert, einen Beitrag zum Ende des Krieges in der Ukraine zu leisten. «

EU-Ratspräsident Charles Michel

Dass China nicht von seiner Rückendeckung für Russland abrückt, war diese Woche schon beim Besuch von Russlands Außenminister Sergej Lawrow klar erkennbar. Da wurde die „grenzenlose“ Freundschaft mit Russland beschworen. Die Beziehungen entwickelten sich in „die richtige Richtung“. Beide widersetzten sich der „Hegemonie“ der USA.

Vielleicht gerade wegen der massiven Differenzen begrüßte Ratspräsident Michel, dass der Videogipfel „eine zeitgemäße und notwendige Gelegenheit für Dialog“ sei. Der EU ging es vor allem darum, deutlich zu machen, dass der Krieg nicht nur den Blick Europas auf die Beziehungen zu Russland, sondern auch auf die mit anderen Ländern verändern dürfte. Demnach könnten auch die engen Wirtschaftsbeziehungen zu China infrage gestellt werden, sollte sich Peking nicht deutlicher von Russland distanzieren.

Die Hoffnung der EU ist dabei, dass die Führung in Peking sich der Bedeutung der EU als Wirtschaftspartner bewusst ist. So wurden 2021 zwischen China und den 27 EU-Staaten Waren im Wert von rund 700 Milliarden Euro gehandelt – die EU war damit mit Abstand der wichtigste Handelspartner Chinas. Russland taucht in der Liste der zehn wichtigsten Handelspartner Chinas nicht einmal auf.

Z-Symbol mehrfach in NRW entdeckt

Berlin. Von russischen Panzern auf deutsche Straßen: Das Z-Symbol als Unterstützung für den russischen Krieg in der Ukraine ist auch in Deutschland bereits vereinzelt aufgetaucht. Mehrere Bundesländer berichten von Fällen, in denen das Z-Symbol zum Beispiel als Graffiti auf Autos oder Mauern entdeckt wurde. In Nordrhein-Westfalen wurden fünf Wochen nach der russischen Invasion bereits 22 Fälle im Zusammenhang mit dem Z-Symbol erfasst, wie das Innenministerium mitteilte. Mehrere Bundesländer, darunter NRW, haben strafrechtliche Konsequenzen für die Verwendung des Symbols angekündigt. dpa

Russland lobt Indiens neutrale Haltung

Neu Delhi. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat bei seinem ersten Besuch in Indien seit Beginn des Ukraine-Kriegs die neutrale Haltung Indiens gelobt. Die indische Außenpolitik sei unabhängig und habe legitime eigene Interessen, sagte er. Lawrow betonte auch das Interesse an intensiven Handelsbeziehungen: Russland werde Indien alle Güter liefern, die es kaufen möchte. Indien will unter anderem seinen Import russischen Öls ausbauen und hat seit Kriegsbeginn bereits mehrere Millionen Barrel gekauft. Indien trägt westliche Sanktionen nicht mit und enthält sich bei Resolutionen im UN-Sicherheitsrat. dpa

Panzerlieferung genehmigt

Berlin. Die Bundesregierung hat einer Lieferung von Schützenpanzern aus Tschechien in die Ukraine zugestimmt. Dabei handelt es sich um 58 Schützenpanzer, die aus Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR stammen, wie die „Welt“ am Freitag berichtete. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums bestätigte eine entsprechende Genehmigung. Die Panzerkampfwagen Typ PbV-501 (früher BMP-1) gehörten zur Standardausrüstung der Armeen des Warschauer Paktes. Die Lieferung werde aber nicht sofort erfolgen, weil die Schützenpanzer zuvor noch instandgesetzt werden müssen, hieß es. dpa

Diplomaten zum Rücktritt aufgerufen

Prag. In einem ungewöhnlichen Schritt hat das tschechische Außenministerium russische Diplomaten aufgerufen, aus Protest gegen den Ukraine-Krieg ihre Ämter niederzulegen. „Bitte verlassen Sie dieses sinkende Schiff“, hieß es in einem auf Russisch und Tschechisch veröffentlichten Appell. Die Diplomaten wurden aufgefordert, den „Kreis der Komplizen“ verlassen. Andernfalls müssten sie mit ernststen Folgen rechnen, warnte das Außenministerium in Prag: „Russland wird für seine Verantwortung für die apokalyptische Zerstörung eines souveränen Nachbarstaats zur Rechenschaft gezogen werden.“ dpa

Bundesregierung will Putins Dekret prüfen

Gazprom gibt deutsche Tochter auf.

Berlin. Die neuen russischen Vorgaben zur Bezahlung von Gaslieferungen an EU-Länder sorgen weiter für Rätselraten. Die Bundesregierung werde das vom russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichnete Dekret „gründlich prüfen“ und bewerten, sagte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums am Freitag. Die meisten mit russischen Firmen abgeschlossenen Gaslieferverträge sähen Zahlungen in Euro oder Dollar vor – dies sei aus Sicht der Bundesregierung „die Grundlage“ der Vertragsbeziehungen.

Putin hatte am Donnerstag ein Dekret unterzeichnet, wonach für Gaslieferungen in EU-Länder ab diesem Freitag Rubel-Konten bei der russischen Gazprom-Bank notwendig sind.

Am Freitag gab es einen weiteren überraschenden Schritt von Russland. Der Staatskonzern Gazprom trennt sich von seiner deutschen Tochter Gazprom Germania. Welche Folgen das für die Gasversorgung in Deutschland hat, war zunächst völlig offen, von Gazprom Germania gab es keine Stellungnahme.

Auch nach der verfügten Umstellung liefert Russland eigenen Angaben zufolge den Rohstoff weiter in großem Umfang für den Transit durch die Ukraine nach Europa. Am Freitag würden 108,4 Millionen Kubikmeter Gas durch das Leitungssystem gepumpt, sagte der Sprecher des Energiekonzerns Gazprom, Sergej Kuprijanow. Das entspricht fast der vertraglich möglichen maximalen Auslastung. AFP/dpa

Gebiete und russische Panzer erobert

Ukraine meldet Erfolge, aber die schweren Kämpfe gehen weiter. Präsident Selenskyj geht gegen „Verräter“ in eigenen Reihen vor und entzieht zwei Generälen ihren Titel.

Von Benedikt von Imhoff

Kiew. Die Kämpfe in der Ukraine gehen ungeachtet der von Russland angekündigten militärischen Deeskalation in der sechsten Woche mit unverminderter Härte weiter. Die Verteidiger melden dabei Erfolge: Russische Einheiten hätten an keiner Stelle Geländegewinne verzeichnen können.

Ukrainische Truppen eroberten nach eigenen Angaben in den vergangenen Tagen elf Siedlungen im süd-ukrainischen Gebiet Cherson zurück. Beim Vormarsch im Norden der Region sei ihnen auch schwere russische Militärtechnik in die Hände gefallen, darunter Panzer vom Typ T-64. In der Region seien zudem 29 Siedlungen wieder übernommen worden – es handele sich um Gebiete, aus



Ein Junge steht in den Überresten eines zerstörten Panzers, der auf einer Fahrbahn in Kiew liegt. FOTO DPA/AP

denen Russland einige seiner Truppen abgezogen habe.

Die militärisch bislang gescheiterten Angreifer scheinen sich, wie von Moskau angekündigt, aus dem Gebiet der Metropole Kiew komplett zurückzuziehen. Im Nordosten hielten die russische Blockade und der

rig“, sagte der Staatschef. Russland will nach Ansicht des ukrainischen Generalstabs die militärische Präsenz in der Ost- und Südukraine aufrechterhalten.

Es gebe Versuche, eine Verwaltung in den besetzten Regionen der Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson aufzubauen, teilte der Generalstab in der Nacht mit.

Selenskyj entzog zwei Generälen ihren Titel, dem früheren Chef der Hauptverwaltung für innere Sicherheit, Andrij Naumow, sowie dem Ex-SBU-Chef für das Gebiet Cherson, Serhej Kryworutschko. „Jetzt habe ich keine Zeit, mich um all die Verräter zu kümmern. Aber nach und nach werden sie alle bestraft“, sagte Selenskyj in einer Videobotschaft.